

# LINKS

Mitgliederzeitung der SP Schweiz  
158 · Ausgabe CH · November 2015  
AZB 3001 Bern



Auch wenn er nicht unerwartet kam: Ein Rechtsrutsch, wie wir ihn bei diesen Wahlen erlebt haben, ist für jeden linken Kopf, für jedes linke Herz, ein Schock. Und doch: Die SP hat in einem extrem schwierigen Umfeld, in einem Klima der Angst, ihren Wähleranteil leicht ausgebaut – in einigen Kantonen sogar massiv. Für uns heisst das Ergebnis vor allem: prägnant und hart unsere Politik vertreten – inner- und ausserhalb des Parlaments. **Wir sind bereit.**

# Unsere Stimmen in

**TROTZ RECHTSRUTSCH KONNTE SICH DIE SP IM PARLAMENT ALS GRÖSSTE PROGRESSIVE UND SOZIALE KRAFT BEHAUPTEN. DIESE 49 NATIONAL- UND STÄNDERÄTINNEN WERDEN DIE ZIELE UND WERTE UNSERER PARTEI IN DEN NÄCHSTEN VIER JAHREN IM BUNDESHAUS VERTRETEN.**



Yvonne Feri  
AG



Cédric Wermuth  
AG



Eric Nussbaumer  
BL



Susanne Leutenegger Oberholzer  
BL



Beat Jans  
BS



Corrado Pardini  
BE



Alexander Tschäppät  
BE



Margret Kiener Nellen  
BE



Jean-François Steiert  
FR

Jean-François Steiert wurde im Kanton Freiburg mit dem besten Resultat aller Kandidierenden im Amt bestätigt. Der Freiburger spricht fließend Französisch und Deutsch und wird vor allem für seine politische Arbeit in den Bereichen Gesundheit und Bildung geschätzt.



Silva Semadeni  
GR



Pierre-Alain Fridez  
JU



Prisca Birrer-Heimo  
LU



Jacques-André Maire  
NE



Martina Munz  
SH



Marina Carobbio Cuscetti  
TI

Marina Carobbio ist Vizepräsidentin der SP Schweiz und sitzt seit acht Jahren im Nationalrat. Die Tessinerin engagiert sich als Präsidentin des Schweizerischen Mieterinnen- und Mieterverbandes und als Vize-Präsidentin der Alpen-Initiative für bezahlbare Wohnungen und einen ausgebauten Alpenschutz.



Edith Graf-Litscher  
TG



Géraldine Savary  
VD



Roger Nordmann  
VD



Jacqueline Badran  
ZH



Chantal Galladé  
ZH



Tim Guldemann  
ZH

Mit Tim Guldemann schafft der erste Auslandschweizer die Wahl ins Parlament. Der ehemalige Spitzendiplomat hat ohne Zweifel den längsten Anreiseweg: Er wird künftig zwischen Berlin und Bern pendeln.



Martin Naef  
ZH



Angelo Barrile  
ZH



Pascale Bruderer Wyss  
AG



Claude Janiak  
BL



Anita Fetz  
BS

Anita Fetz wurde in Basel-Stadt mit grosser Mehrheit als Ständerätin bestätigt. Ihr Resultat steht stellvertretend für das gute Abschneiden der Linken in Basel: Das rot-grüne Lager konnte einen Sitz dazugewinnen und ist neu mit 3 NationalrätInnen in Bern vertreten.

# Bern



**Silvia Schenker**  
BS



**Matthias Aebischer**  
BE

Mit 77 872 und 81 454 Stimmen wurden Evi Allemann und Matthias Aebischer glanzvoll wiedergewählt. Ob die beiden Stadtberner nach diesem herausragenden Resultat auch für die Regierungsratswahlen im nächsten Februar antreten werden, ist noch unklar.



**Evi Allemann**  
BE



**Nadine Masshardt**  
BE



**Valérie Piller Carrard**  
FR



**Carlo Sommaruga**  
GE



**Manuel Tornare**  
GE



**Laurence Fehlmann Rielle**  
GE

Laurence Fehlmann Rielle ist schweizerisch-türkische Doppelbürgerin und wird künftig den Kanton Genf im Nationalrat vertreten. In ihrer Familie ist sie damit allerdings nicht die Erste: Laurences Mann, Jean-Charles Rielle, sass von 2007 bis 2011 ebenfalls für die SP in der grossen Kammer.

Bis kurz vor Schluss sah es so aus, als ob die SVP beide Nationalratssitze gewinnen würde. Doch dank der grossen Unterstützung vor allem aus der Stadt Schaffhausen wurde Martina Munz am Ende im Amt bestätigt. Die vierfache Mutter war 2013 für Hans-Jürg Fehr in den Nationalrat nachgerückt.



**Barbara Gysi**  
SG



**Claudia Friedl**  
SG



**Bea Heim-Niederer**  
SO



**Philipp Hadorn**  
SO



**Ada Marra**  
VD



**Rebecca Ruiz**  
VD

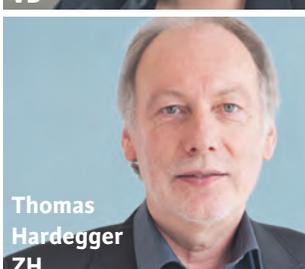


**Cesla Amarelle**  
VD



**Mathias Reynard**  
VS

Nachdem Mathias Reynard 2011 überraschend in den Nationalrat gewählt wurde, erzielte er bei den diesjährigen Wahlen das zweitbeste Resultat aller Kandidierenden. Das Wahlergebnis zeigt: Die Arbeit des «kleinen Roten» – wie er im Wallis auch genannt wird – wird auch im konservativen Bergkanton geschätzt.



**Thomas Hardegger**  
ZH



**Mattea Meyer**  
ZH

Mattea Meyer gehört mit ihren 28 Jahren zu den jüngsten Mitgliedern des Nationalrats. Als Kantonsrätin, ehemalige Vize-Präsidentin der Juso Schweiz und Co-Präsidentin der SP Winterthur ist die Zürcherin allerdings bereits heute hervorragend vernetzt.



**Min Li Marti**  
ZH



**Priska Seiler Graf**  
ZH



**Claude Hêche**  
JU



**Didier Berberat**  
NE



**Daniel Jositsch**  
ZH

Daniel Jositsch wurde mit über 181 000 Stimmen bereits im ersten Wahlgang ins «Stöckli» gewählt. Seine Wahl ist historisch: Nach 32 Jahren ist die Zürcher SP erstmals wieder im Ständerat vertreten.

Berücksichtigt sind hier nur die definitiv Gewählten. In 12 Kantonen kommt es zu einem zweiten Wahlgang. Mit Christian Levrat, Liliane Maury Pasquier, Géraldine Savary, Prisca Birrer-Heimo, Paul Rechsteiner, Roberto Zanetti und Hans Stöckli stellt die SP in vielen Kantonen aussichtsreiche KandidatInnen.

# «Auch der Tag der vielen

**DAS WAHLERGEBNIS VOM 18. OKTOBER SITZT UNS NOCH IN DEN KNOCHEN. EIN RECHTSRUTSCH IN DIESEM AUSMASS IST FÜR JEDEN LINKEN KOPF, FÜR JEDES LINKE HERZ, EIN SCHOCK. WENN WIR GENAUER HINSCHAUEN, GIBT ES ABER AUCH POSITIVES: ES GAB VIELE LINKSRUTSCHE, INSBESONDERE IN DEN STÄDTEN. DAS ENGAGEMENT UNSERER MITGLIEDER WAR SO GROSS WIE NOCH NIE. UND VOR ALLEM: DIE SP HAT IN EINEM EXTREM SCHWIERIGEN UMFELD, EINEM KLIMA DER ANGST UND DER BESITZSTANDSWAHRUNG EIN ERGEBNIS ERZIELT, DAS SICH SEHEN LASSEN KANN. BEIM WÄHLERANTEIL LEGEN WIR ZU AUF 18,8 %. WIR BLEIBEN DAMIT KLAR DIE ZWEITGRÖSSTE PARTEI. WERFEN WIR AN DIESER STELLE EINEN BLICK ZURÜCK AUF DIE RESULTATE UND RICHTEN DANN UNSEREN BLICK IN DIE ZUKUNFT.**

## Nationale Wahlen sind kantonale Wahlen

Die Ergebnisse sind sehr unterschiedlich; sie reichen von einem Zuwachs von über 8 % im Kanton Zug bis zu Verlusten von 7 % im Kanton Jura. Das zeigt einmal mehr: Nationale Wahlen sind kantonale Wahlen. Blickt man auf die einzelnen Ergebnisse, lassen sich einige Muster erkennen: In den Kantonen, in welchen die SP 2011 gewonnen hat, verliert sie 2015 (FR, VD, SG, SZ, AG) wieder. In den Kantonen, in denen die SP 2011 hingegen verloren hat, legt sie wieder zu (ZH, SO, GR, ZG). Besonders erwähnenswert ist das hervorragende Ergebnis in Zürich. Die SP konnte den Wähleranteil um 2,1 % auf 21,4 % ausbauen und die Sitzzahl von 7 auf 9 erhöhen. Die SP-Fraktion wird somit mit fünf neuen und ganz unterschiedlichen Köpfen aus Zürich bereichert.

Im Nationalrat verlieren wir insgesamt leider drei Sitze. Davon einen im Kanton Aargau und einen

im Kanton Wallis. Beide hingen bis zum Schluss an einem seidenen Faden. Am Ende hat das Proporzglück gefehlt. Besonders schmerzlich und unverdient ist der Verlust des Schwyzer Nationalratssitzes unseres Fraktionspräsidenten Andy Tschümperlin.

## Der Siegeszug im Ständerat geht weiter

Im Ständerat können wir auf ein für die SP historisches Ergebnis hoffen. Die hervorragende Wiederwahl von Anita Fetz, Pascale Bruderer und Claude Janiak sowie das Spitzenresultat von Daniel Jositsch geben uns die Zuversicht, diese Siegesserie im Ständerat auch in den verschiedenen zweiten Wahlgängen fortzusetzen. War die SP 1991 noch mit nur drei Sitzen in der kleinen Kammer vertreten, stehen wir kurz davor, die Sitzzahl 2015 auf 12 zu erhöhen. Die Hoffnung, dass der rechtslastige Nationalrat gebremst oder korrigiert werden kann, liegt somit nicht zu-

letzt auf der starken SP-Delegation in der «chambre de réflexion».

## Stark in den Städten, ungenutztes Potenzial in den Agglomerationen

Der 18. Oktober war nicht nur der Tag des Rechtsrutsches, sondern auch der vielen Linksrutsche. In den acht grössten Städten der Schweiz hat die SP ihre Anteile um 1,9 % ausbauen können und erreicht im Durchschnitt 28,5 %. Frappant sind die Ergebnisse in den grössten Städten der Deutschschweiz: Zürich 31,3 %, Basel 33,3 %, Bern 34,2 %. Diese hervorragenden Ergebnisse zeigen nicht zuletzt, dass die SP die Früchte ihrer Regierungsverantwortung ernten kann. Wir prägen mit unserer Politik in den Städten ein lebendiges, ökologiebewusstes und soziales Zusammenleben mit hoher Lebensqualität und das wurde an der Urne honoriert.

Mit der vor einem Jahr eingeleiteten Agglomerationsstrategie haben wir die Weichen richtig gestellt, um diesen Erfolg über die Stadtgrenzen hinaus zu erweitern. Das, was in den Städten funktioniert, wollen wir auch in den Agglomerationen und auf dem Land zum Funktionieren bringen. Mit einer guten SP-Politik die Lebensqualität aller steigern und damit wiederum den Anteil der SP-WählerInnen erhöhen: Gerade der Kanton Zürich hat gezeigt, dass es kein Naturgesetz gibt, das besagt, dass die SP auf dem Land einfach verlieren muss. Es ist möglich, auch ausserhalb der Zentren wieder zu wachsen.

## Geld spielt eine Rolle – eine grosse

Schon Wochen vor dem Wahltag war klar: Das wird der teuerste Wahlkampf aller Zeiten. Bis Ende September hatten alle Parteien zusammen rund 18 Millionen Franken ausgegeben; 90 Prozent davon gingen auf das Konto von SVP (7,2 Mio.) und FDP (6,1 Mio.). Von der vielzitiert-

«Im Ständerat können wir auf ein für die SP historisches Ergebnis hoffen.»



Roland Schmid

Prominente Unterstützung: Bundespräsidentin Simonetta Sommaruga besucht die Mitglieder der SP Länggasse-Felsenau und der SP Altstadt Kirchenfeld an einem Telefonanlass in Bern.



## Angst

Es ist ein déjà-vu. Fast genau dasselbe Gefühl wie nach dem 9. Februar 2014, als 50,3 Prozent der SchweizerInnen die Masseneinwanderungsinitiative angenommen hat. Als eine hauchdünne Mehrheit beschlossen hat, unser Land in ernsthafte Schwierigkeiten zu bringen, weil sie stimmten, was sie fühlten: Angst, Bedrohung, Unsicherheit.

Jetzt haben wir es wieder gespürt: Die Schweiz hat Angst. Angst ist, wie alle wissen, ein starkes, aber subjektives Gefühl, an dessen Ursprung nicht zwingend sehr viel Wahrheit stecken muss. Angst kann gemacht werden. Sie wird gemacht durch Desinformation, falsche Zahlen, Bilder. Das Ziel: Stimmenmaximierung. Die Folge: Fantasierte Bedrohungen werden zu echten Problemen. Aber sie ist ansteckend, breitet sich aus. Sehr viele Menschen, die sich fürchten, machen mir Angst. Auch oder gerade wenn die Ursache im Labor erfunden wurde.

Man versteht falsch, wenn man daraus ableitet, alles sei gut. Der wirtschaftliche Druck hat nachweislich zugenommen, die Schere zwischen Arm und Reich geht auseinander, die Zukunft und die Zeiten sind unsicher. Sie sind es aber ebenso nachweislich nicht wegen den Flüchtlingen und ich glaube, das weiss jedes Kind.

Man versteht auch falsch, wenn man schlussfolgert, die Linke nähme Ängste zu wenig ernst. Wir nehmen Ängste auch dann ernst, wenn wir die Analyse nicht teilen, denn die Folgen sind schwerwiegend. Angst ist zum politischen Problem geworden. Sie lähmt, nimmt der Jugend den Schwung und lässt sich nicht mehr wegdiskutieren. Auch nicht mit besseren Erklärungen oder stichhaltigen Beweisen. Das ist ja das Blöde: Gegen Irrationales hat Rationales keine Chance. Und in Kombination mit sehr viel Geld ist sie Gift. Sie wird zum Rechtsrutsch. Dazwischen pulsieren die Städte.

Darin setze ich all meine Hoffnungen. Wo viele Fremde leben, fürchtet man sie nicht. Wo Veränderung zugelassen wird, verliert reine Besitzstandwahrung die Bedeutung. Wo Veränderungen passieren, werden Verbesserungen möglich. Verbesserungen sind ein Garant für Sicherheit. Sicherheit ein Garant gegen Angst.

Was ich damit meine? Zuversicht. Oder, um es mit den schönen Worten meiner Kollegin im p.s. zu sagen: Weitermachen. Einfach weitermachen.

Leyla Gül, Co-Generalsekretärin der SP Schweiz

# Linksrutsche»

ten Amerikanisierung sind wir nicht mehr weit weg, im Gegenteil: «Auf die Bevölkerung heruntergerechnet geben die Parteien hierzulande wahrscheinlich ähnlich viel aus wie in den USA», fasste Politologe Georg Lutz die Entwicklung zusammen. Keinen Beitrag dazu leistete die SP Schweiz: Unser Budget war genau gleich gross wie 2011 (1,4 Millionen Franken). Mit Blick auf das Geld und die Wahlsieger drängt sich die Frage auf: Gibt es einen Zusammenhang? Bedeutet viel Geld viele Sitze?

Viel Geld im Wahlkampf ist das eine, das andere ist das völlige Tapen im Dunkeln darüber, woher das Geld stammt. Die Schweiz ist mittlerweile das einzige Land in Europa, welches auf nationaler Ebene keine Regelungen betreffend die Finanzierung von Abstimmungen und Wahlen sowie der Parteien kennt. Doch Demokratie funktioniert nur mit Transparenz. Wenn Wählerinnen und Wähler nicht wissen, welche Parteien von wessen Geld abhängig sind, welche Kampagnen von welchen Unternehmern subventioniert und unterstützt werden, fehlt eine Information, die für die Meinungsbildung wichtig ist. Es ist deshalb der genau richtige Zeitpunkt dafür, dass die SP zusammen mit weiteren Parteien und Organisationen die «Transparenz-Initiative» lanciert.

## Die Basiskampagne wirkt

Was tun, wenn die anderen Parteien zehnmal mehr Geld haben und damit die Schweiz mit Plakaten und Inseraten zukleistern, Briefkästen flächendeckend mit eigenen Zeitungen füllen und die sozialen Medien mit aufwändig produzierten GAGA-Videos fluten? Die Faust im Sack? Sicher nicht! Die anderen haben die Millionen, wir haben die Menschen. Deswegen war schnell klar, dass wir in der Kampagne 2015 auf das setzen, was uns ausmacht: Unsere Mitglieder. Nach monatelanger Vorarbeit und beherzter Mitarbeit der Kantonalparteien ist uns etwas gelungen, worauf wir alle stolz sein können. Tausende von Mitgliedern haben mit über 100 000 Wählerinnen und Wählern gesprochen. Das ist gelebte Demokratie: Zuhören, reden, an die Teilnahme appellieren. Das ist ehr-

lich, direkt und braucht auch etwas Mut. Dass so viele Menschen diesen Mut und die notwendige Zeit eingebracht haben, hat ganz entscheidend dazu beigetragen, dass wir unseren Wähleranteil steigern konnten. Der Zusammenhang ist eindeutig: In den Kantonen, in denen wir gemessen an der Anzahl Wahlberechtigte viel telefoniert haben, konnten wir auch deutlich zulegen (GR, BS, LU, ZH, BE). Die sehr positiven Ergebnisse in Zürich und Luzern – wo die Basiskampagne nach den Kantonsratswahlen bereits zum zweiten Mal durchgeführt wurde – zeigt zudem, dass Basiskampagnen auch ein Mittel sein könnten, das sich mit Erfolg mehrfach anwenden lässt.

## Es wird ungemütlich und wir werden es auch

In der letzten Legislatur war die Konstellation so, dass es ab und zu eine Mitte-links-Mehrheit gegeben hat: bei der Energiewende, beim Ausbau des öffentlichen Verkehrs, bei der Abschaffung des Bankgeheimnisses oder zuletzt beim Entscheid des Ständerats, die AHV-Renten zu erhöhen. Die neuen Mehrheitsverhältnisse vor allem im Nationalrat werden solche positiven und von der SP geprägten Reformen deutlich erschweren. Die Hoffnung, dass sich die FDP von der SVP emanzipiert und gemeinsam mit der SP Reformen anpackt, wie zum Beispiel die Rettung der Bilateralen oder eine vernünftige Reform der Altersvorsorge, sei an dieser Stelle formuliert. Der Tatbeweis steht jedoch aus und ist unter dem aktuellen Führungspersonal der FDP schwer vorstellbar. Für die SP heisst das: prägnant und hart unsere Politik für anständige Löhne, faire Renten, bezahlbaren Wohnraum, eine enge Zusammenarbeit mit Europa, Transparenz in der Politikfinanzierung, Recht auf Asyl oder Ehe für alle vertreten – inner- und ausserhalb des Parlaments. Für diese anspruchsvolle Arbeit sind wir gerüstet. Und das sind wir allen schuldig, die am 18. Oktober eine Stimme für eine offene und solidarische Schweiz abgegeben haben.

Leyla Gül und Flavia Wasserfallen,  
Generalsekretärinnen SP Schweiz



# So viele Frauen wie noch nie

Béatrice Devènes

**DAS NEUE PARLAMENT IST DAS WEIBLICHSTE SEIT EINFÜHRUNG DES FRAUENSTIMMRECHTS. DIES HAUPTSÄCHLICH DANK DER LINKEN: FAST 40 % DER GEWÄHLTEN FRAUEN STAMMEN AUS DER SP.**

Überraschung nach den nationalen Wahlen. Während wir einen deutlichen Rückgang erwarteten, werden die Frauen in der neuen Legislatur im Nationalrat so stark vertreten sein wie noch nie. Mit aktuell 64 Gewählten beträgt der Frauenanteil 32 %. Dabei ist es vor allem der Linken – und insbesondere der SP – zu verdanken, dass wir keinen Schritt zurück gemacht haben. Die SP ist die einzige Partei, deren Fraktion im Nationalrat aus einer Frauenmehrheit besteht: 25 von 43 Sitzen sind von Frauen besetzt. Dies entspricht einem Frauenanteil von 58 %.

Bei den Grünen und den Grünliberalen ist der Männer- und Frauenanteil ausgeglichen. Die Grüne Partei schickt 5 Frauen und 6 Männer in den Nationalrat, die Grünliberalen 4 Männer und 3 Frauen. Die CVP hat eine Frauenvertretung von 33 % (9 von 27). Wenig überraschend belegen die rechten Parteien die letzten Ränge. Die weibliche SVP-Delegation besteht (bei total 65 Gewählten) aus 11 Frauen (16,9 %), bei den Freisinnigen sind es 7 von 27 (21,2 %). Die BDP – das Schlusslicht in Sachen Frauenvertretung – schickt neben 5 Männern gerade mal eine Frau nach Bern.

## **(Zu) langsame Verbesserung**

Die Frauen – die in der Bevölkerung leicht in der Überzahl sind – sind im Bundeshaus also immer noch klar untervertreten. Auch wenn wir uns der kritischen Grösse von 33 % annä-

«Die SP ist die einzige Partei, deren Fraktion aus einer Frauenmehrheit besteht.»

hern (dies gilt als Minimalquote, damit eine Minderheit einen angemessenen Einfluss ausüben kann), sind wir von einer ausgeglichenen Vertretung noch weit entfernt. Bei den Wahlen 2011 war der Frauenanteil im Parlament gar leicht rückläufig.

Zudem sieht das Bild je nach Kanton sehr unterschiedlich aus. Im Kanton St. Gallen zum Beispiel wurden zwei Frauen (eine Grüne und eine Grünliberale) nicht wiedergewählt, während in der CVP ein Mann den Platz einer Frau übernahm. Schickte der Kanton St. Gallen in der letzten Legislatur noch 5 Frauen nach Bern, so sind es heuer nur noch deren 3. Der Kanton Neuenburg wiederum wird durch keine einzige Frau vertreten.

## **Rekord an Kandidaturen**

Die Wahlen brachten einen neuen Rekord von 3802 Kandidaturen, davon 1310 solche von Frauen. Das ergibt einen Anteil von 34,5 %. Diese Zahl ist gegenüber den Wahlen von 2011 um 2,6 % gestiegen. Der höchste Anteil an Kandidatinnen wurde 2007 mit 35,1 % erreicht. Auch hier zeigt sich der Unterschied zwischen der Linken und den bürgerlichen Parteien. Bei der SP betrug der Frauenanteil an den Kandidaturen fast 46,7 %, die SVP-Anwärterinnen für den Nationalrat hingegen machten nur 19 % aller Kandidaturen der Partei aus. Noch tiefer ist der Anteil der Frauen, die einen Sitz im Ständerat anstreben. 2015 stellten

sich bei insgesamt 160 Kandidaturen gerade mal 34 Frauen zur Wahl (21,25 %).

## **Die Parteien müssen Verantwortung übernehmen**

Obwohl die Entwicklung tendenziell positiv ist, sind wir noch lange nicht am Ziel. Wenn es in diesem Tempo weitergeht, müssen wir uns weitere 72 Jahre gedulden, bis die Gleichstellung erreicht ist. Das sind drei Generationen. Und wenn wir heute 32 % erreicht haben – den bisherigen Höchststand –, dann ist das in erster Linie dem Willen und den Kompetenzen der gewählten Frauen zuzuschreiben. Doch auch die Rolle, die die Parteien spielen, ist nicht zu unterschätzen. Wenn wir eines Tages eine ausgeglichene Vertretung unserer Gesellschaft auf allen politischen Ebenen erreichen wollen, dann muss ein entsprechendes Bewusstsein innerhalb der Parteien geschaffen werden. So müssen sie ihren weiblichen Nachwuchs pflegen und die gewählten Frauen ebenso unterstützen wie die männlichen Ratsmitglieder.

Es ist Zeit, dass die Rechte erwacht und endlich ihre Verantwortung wahrnimmt. Wenn sich die freiwilligen Massnahmen als ungenügend erweisen sollten, ist es zudem an der Zeit, verbindliche Vorgaben ins Auge zu fassen wie beispielsweise die Einführung von Quoten für die Listen.

Anita Balz, Zentralsekretärin SP Frauen

# Weshalb ein Referendum?

«EIN VOLK, DAS BEREIT IST, DIE FREIHEIT FÜR DIE SICHERHEIT ZU OPFERN, VERDIEN T WEDER DAS EINE NOCH DAS ANDERE UND VERLIERT AM ENDE BEIDES.»  
(BENJAMIN FRANKLIN)

Die Terroristen gewinnen, wenn sie uns dazu bringen, unsere demokratischen Prinzipien dem «Kampf gegen den Terrorismus» unterzuordnen. Tatsächlich werfen wir für diesen «Kampf» derzeit zahlreiche Prinzipien über Bord, die wir einst für unantastbar hielten. Doch sind die USA dank dem «Patriot Act» sicherer geworden? Man darf das zumindest bezweifeln.

Unabhängig vom Inhalt und den Verbesserungen, die ins Nachrichtendienstgesetz aufgenommen wurden (auch dank der hervorragenden Parlamentsarbeit der SP in der sicherheitspolitischen Kommission), ist das NDG ein weiterer Schritt in Richtung präventive Überwachung. Die bisherige Rechtsgrundlage für den zivilen Nachrichtendienst in der Schweiz – das BWIS – sah lediglich vor, öffentlich zugängliche Quellen zu überwachen. Während den Diskussionen über das BWIS bezeichnete Bundesrat Arnold Koller das Abhören von Privatgesprächen (es ging damals nur um Telefongespräche) noch als «so gravierender Eingriff in die Privatsphäre, dass solche Mittel nur im Rahmen von gerichtspolizeilichen Verfahren eingesetzt werden dürfen». Noch 2009, also lange nach den Attentaten vom 11. September und lange vor dem NSA-Skandal, wurde eine neue Version des BWIS – die eine präventive Überwachung der Telekommunikation vorsah – vom Parlament verworfen.

## Richtung präventive Überwachung

Ein Strafverfahren führt immer auch zu einer Einschränkung der Grundrechte. Es

muss deshalb auf der Basis von begründeten Verdachtsmomenten bezüglich einer schweren Straftat und unter gerichtlicher Kontrolle erfolgen, und nicht aufgrund von intuitiven Annahmen wie der Teilnahme an einer Demonstration oder einem etwas zu wilden Bart. Doch genau in diese Richtung geht das neue NDG. Es bringt das Risiko mit sich, dass jemand überwacht wird, nicht weil er oder sie sich etwas vorwerfen muss, sondern weil ein Spion glaubt, dass der Bürger oder die Bürgerin sich vielleicht etwas vorwerfen müsste. Mit der präventiven Überwachung wird ohne den geringsten Verdacht in die Privatsphäre eingegriffen.

Darüber hinaus ist es schwierig, auch nur das geringste Vertrauen in den Nachrichtendienst zu haben. Man kann den NDB schon überwachen wollen – so wie es das NDG vorsieht –, doch die jüngsten Ausrutscher zeigen, dass er das Vertrauen nicht verdient, das die geplanten Überwachungsmassnahmen erfordern. Zudem ist keineswegs sicher, dass auch der beste Kontrollmechanismus effizient genug ist. Das Überwachungsorgan der NSA – das eigentlich dessen Missbräuche verhindern sollte – hat jüngst ebenfalls kläglich versagt. Niemand bestreitet die Gefahr des Terrorismus und des «Islamischen Staats». Doch es ist Sache der ordentlichen Strafbehörden, im Rahmen von ordentlichen Strafverfahren zu handeln. Das aktuelle Gesetz gibt ihnen alle nötigen Mittel dazu.

Jean Christophe Schwaab, Nationalrat VD



## Nein zum Schnüffelstaat!

Spätestens seit den Enthüllungen von Edward Snowden und der NSA-Affäre wissen wir alle, wie umfassend Geheimdienste mit modernen technischen Mitteln die Privatsphäre überwachen und in Grundrechte eingreifen können. Mit dem Ausbau der Massenüberwachung sind Millionen Unschuldige präventiv ins Visier der Staaten und damit unter Generalverdacht geraten.

Die Möglichkeiten zur Bespitzelung sind heute so umfassend wie nie zuvor in der Geschichte. So überwachten die britischen Geheimdienste 2013 rund 600 Millionen Telefonverbindungen pro Tag. Diese Entwicklung zeigt deutlich, dass der staatlichen Überwachung enge gesetzliche Grenzen gesetzt werden müssen. Denn dass Geheimdienste auch ohne moderne Telekommunikationstechnologie die Tendenz haben, übers Ziel hinauszuschiessen, musste die Schweiz in der Vergangenheit bereits erfahren. So wurde 1989 publik, dass der Staatsschutz über Jahrzehnte hinweg von 900 000 Menschen in der Schweiz geheime Akten – so genannte Fichen – angelegt hatte. Nach der Affäre versicherten die zuständigen Behörden, dass solche massiven Überwachungsexzesse nie wieder vorkommen würden. Das vom Parlament verabschiedete Nachrichtendienstgesetz sowie zahlreiche Rückfälle in jüngster Zeit lassen an diesem Versprechen grosse Zweifel aufkommen.

Das neue Gesetz öffnet dem Schnüffelstaat Tür und Tor. Ohne Verdacht und ohne wirksame Kontrollen soll der Geheimdienst in Zukunft präventiv die Privatsphäre aller überwachen können. Das Gesetz sieht einen Ausbau bei den Beschaffungsmassnahmen für den Staatsschutz vor. So sollen in Zukunft Räume verwandt, Staatstrojaner auf Computern installiert und so genannte «Vertrauensleute» eingesetzt werden können. Neu soll der Geheimdienst auch auf die Vorratsdatenspeicherung und damit auf die Randdaten der Kommunikation von uns allen zugreifen können, was bisher nur den Strafverfolgungsbehörden erlaubt ist. Und es wird die Möglichkeit zur geheimen Überwachung von E-Mails, Whatsapp-Nachrichten und Telefonen durch die Kabelaufklärung geschaffen. Dieser Schritt Richtung Totalüberwachung ist unnötig und gefährlich und muss unbedingt bekämpft werden.

Fabian Molina, Präsident Juso Schweiz



Die definitive Parolenfassung zum Referendum gegen das neue Nachrichtendienstgesetz wird am 5. Dezember von der Delegiertenversammlung in St. Gallen verabschiedet.

# Klimaschutz statt Bremsmanöver

**DIE SCHWEIZ DARF SICH IM KLIMASCHUTZ NICHT MEHR VON IHREM ORIENTIERUNGSLOSEN WIRTSCHAFTSVERBAND BREMSEN LASSEN UND MUSS BEIM WELTKLIMAGIPFEL IN PARIS VORANGEHEN. AUS PUREM EIGENINTERESSE.**

Im Dezember wird die globale Schicksalsfrage gestellt. Wenn sich in Paris die Staatsoberhäupter zur Klimakonferenz treffen, geht es um die Zukunft unseres Planeten. Um nichts weniger.

Die letzte Vorverhandlungsrunde in Lima hat Klarheit gebracht. Im Gegensatz zur Situation vor dem Klimagipfel 2009 in Kopenhagen deutet vieles darauf hin, dass die Staaten in Paris griffige Beschlüsse fassen werden. Es droht jedoch ein Vertrag, der eine Erderwärmung um drei Grad zulässt. Das wäre fatal. Die wissenschaftliche Gemeinschaft warnt schon seit Jahren davor, die Zweigrad-Grenze zu überschreiten. Die Konsequenzen wären nicht mehr voraussehbar, die Folgen für den Planeten nicht mehr kontrollierbar. Daher ist es wichtig, dass Staaten vor und nach Paris gefordert werden, ihre Ambitionen zu erhöhen.

## Kurzichtige und mutlose Politik

Das gilt auch für die Schweiz. Sie ist geografisch und wirtschaftlich besonders anfällig. Die alpinen Permafrosthängen und die überschwemmungsexponierte Infrastruktur machen sie ebenso verwundbar wie die

«Economie-suisse spielt seit Jahren eine völlig destruktive Rolle.»

Tatsache, dass sie keine fossilen Energiequellen besitzt. Bildung, Innovation und Effizienz sind ihre wichtigsten Ressourcen. Wenn sie den Schritt in die Zukunft verpasst, verpufft ihre Wirtschaftskraft. Schon aus purem Eigeninteresse müsste die Schweiz bei den Klimaverhandlungen als Lokomotive auftreten. Doch dafür ist sie nicht bereit, weil ihre Wirtschaftsführer die Orientierung verloren haben.

Die EU will bis 2030 mindestens 40 Prozent EU-interne Emissionsreduktion im Vergleich zu 1990. Das reicht nicht für das Zweigrad-Ziel. Die Schweiz will gar noch weniger. Sie will zwar 50 Prozent reduzieren, landesintern allerdings nur 30 Prozent. 20 Prozent sollen im Ausland realisiert werden. Das ist mutlos und kurzzeitig zugleich. Denn inzwischen kann niemand mehr ignorieren, dass die zukünftige Energieversorgung auf Effizienz und erneuerbaren Energien beruht. Dort liegt die wirtschaftliche Zukunft. Wer diesen Weg nicht konsequent einschlägt, schafft die zukunftsfähigen Arbeitsplätze im Ausland und lässt die lokale Wirtschaft ins Hintertreffen geraten. Nur wenn die erneuerbare Infrastruktur in der Schweiz

geschaffen wird, kann das lokale Gewerbe davon profitieren.

## Verantwortungslose Wirtschaftsführer

Die Halbherzigkeit im Klimaschutz geht aber nicht vom Bundesrat aus. Es sind die mächtigen Wirtschaftsverbände, die den Schritt in die Zukunft verweigern. Allen voran Economiesuisse. Der Dachverband spielt in der Energie- und Klimadebatte seit Jahren eine völlig destruktive Rolle. Er hat die Energiestrategie des Bundesrates von Anfang an mit allen möglichen und unmöglichen Argumenten kritisiert, aber bis heute nie eine Alternative präsentiert. Er hat nie skizziert, wie die Energieversorgung der Schweiz in Zukunft aussehen soll. Dabei wissen heute alle, wie riskant und unverantwortlich Investitionen in fossile Energieversorgung sind, und dass in der Schweiz weit und breit keine Investoren da sind, um die uralten AKWs durch neue zu ersetzen. Die einheimische Energieversorgung veraltet und bricht weg. Und unsere Wirtschaftskapitäne schauen zu und kritisieren alle, die daran etwas ändern wollen. Von Verantwortung für unser Land und für die Zukunft unserer Kinder und unseres Planeten keine Spur.

Die neue SVP/FDP-Mehrheit im Nationalrat wird daran nichts ändern. Im Gegenteil. Sie wird ihr doppelbödiges Spiel weitertreiben: Unabhängigkeit predigen und (energetische) Abhängigkeit schaffen. Deshalb sind wir von der SP mehr denn je gefordert. Eine erneuerbare Energieversorgung, eine zukunftsfähige Wirtschaft, die darauf aufbaut, und ein glaubwürdiger Kampf gegen die lebensbedrohende Klimaerwärmung dürfen nicht auf die lange Bank geschoben werden. Wir müssen und werden für den Klimaschutz Dampf machen. Wenn es sein muss, auch mit neuen Volksinitiativen.

Beat Jans, Nationalrat BS



Es geht um nichts Geringeres als um die Zukunft unseres Planeten: Im Dezember treffen sich die Staatsoberhäupter zur UN-Weltklimakonferenz in Paris.

# Historischer Erfolg der SP in Luzern

**DANK DES BREITEN ENGAGEMENTS ZAHLREICHER FREIWILLIGER GELANG ES UNS, 2,1% WÄHLERANTEIL ZUZULEGEN UND IN ALLEN WAHLKREISEN ZU GEWINNEN. BEINAHE 17 000 MENSCHEN LEGTEN EINE SP-, JUSO- ODER SECOND@S-LISTE IN DIE URNE, DAS IST EIN NEUER REKORD FÜR DIE SP IN LUZERN.**



Daniel Gähwiler,  
Vizepräsident  
SP Kanton Luzern

Das SP-Wahlfest am 18. Oktober wird in Erinnerung bleiben. Gut hundert Genossinnen und Genossen (!) waren über den ganzen Wahlsonntag hinweg da und freuten sich einerseits über die stetig zahlreicher werdenden super SP-Resultate aus dem ganzen Kanton, mussten andererseits aber auch miterleben, wie im Fernsehen in immer neuen Hochrechnungen der Wahlerfolg der SVP verkündet wurde. Zwei ganz gegensätzliche Fragen standen im Raum: Würde es der SP sogar zu einem zweiten Sitz reichen und wie stark würde die SVP zulegen?

Am Schluss fehlten im Kanton gerade einmal 2800 Stimmen, um auf Kosten der CVP den zweiten Sitz zu gewinnen. Aber mit 13,6% Wähleranteil gelang uns ein historisches Resultat. Im ganzen Kanton konnten wir Wähleranteile hinzugewinnen und überall war es eines der besten SP-Resultate der Geschichte. Hinzu kommt das Resultat von Prisca Birrer-Heimo, die bei den Ständeratswahlen mit 37 241 Stimmen, noch vor Yvette Estermann, auf dem dritten Platz aller Kandidierenden landete.

Dieses Resultat kam nicht zufällig zustande. Es ist das Resultat einer breiten Kampagne, bei der zahlreiche Freiwillige telefonierten, Plakate stellten und Standaktionen durchführten.

Nur 1935 konnte die SP im Kanton Luzern ein noch besseres Wahlergebnis als 2015 erzielen. Die Wahlen damals waren geprägt von den Folgen der Wirtschaftskrise und dem Frontenfrühling, der auch den hiesigen Nationalsozialisten 1935 zwei Nationalratsmandate und

**«Nur 1935 konnte die SP im Kanton Luzern ein noch besseres Wahlergebnis als 2015 erzielen.»**

hohe Wähleranteile bescherte. Als konsequente Kraft für den sozialen Ausgleich und gegen den Faschismus gelang der SP Schweiz 1935 der Wahlsieg und sie wurde zum ersten Mal stärkste Kraft im Parlament.

Auch wenn uns heute diese Kraft schweizweit fehlt und die Mehrheit der Rechten im Nationalrat zur Tatsache wurde, so dürfen wir nicht resignieren. Erstens zeigt unser Wahlerfolg, dass es möglich ist, gemeinsam Erfolge zu erreichen – dies mit viel Arbeit, statt mit unerschöpflichen Wahlkampfkassen. Und zweitens sind die Wahlen noch nicht vorüber. Im Ständerat kämpfen wir mit Prisca Birrer-Heimo und einer tollen Ausgangslage um einen Sitz.

Zusammen können wir erreichen, was vor vier Jahren auch in Freiburg und St. Gallen gelang: Einen historischen Sitzgewinn im Ständerat und damit auch ein Zeichen gegen den Rechtsrutsch und für eine gerechte, offene und lebenswerte Schweiz.



# Wo sind sie geblieben?

## Wirtschafts- und Führungskompetenz von Frauen im Fokus

**DIE SICHTBARE UND UNSICHTBARE WIRTSCHAFTSKOMPETENZ VON LINKEN FRAUEN BILDET DAS SCHWERPUNKTTHEMA DER SP FRAUEN KANTON BERN IM KOMMENDEN JAHR. DIE TEILHABE VON FRAUEN IN WICHTIGEN PRIVATWIRTSCHAFTLICHEN UND ÖFFENTLICHEN UNTERNEHMEN STEHT POLITISCH AUF DER AGENDA UND SOLL WEITER VERSTÄRKT WERDEN.**

Etwas mehr als die Hälfte der Bevölkerung ist weiblich. 80 Prozent der Frauen sind erwerbstätig und treffen 80 Prozent der Kaufentscheide. Und doch finden sich in den Geschäftsleitungen der 100 grössten Unternehmen in der Schweiz nur sechs Prozent Frauen. In den Verwaltungsräten der grössten Unternehmen machen Frauen nur einen Anteil von 13 Prozent aus. Das heisst, Frauen sind nicht entsprechend ihrem Bevölkerungsanteil und Einkommen an der Führungs- und Wirtschaftsmacht beteiligt.

### Auf der politischen Agenda

Die Teilhabe von Frauen in wichtigen privaten und öffentlichen Betrieben steht nicht nur bei den SP-Frauen, sondern auch beim Bundesrat auf der Agenda: So schlägt der Bundesrat für börsennotierte Unternehmen Quoten von 30 Prozent für die Vertretung von Frauen in Verwaltungsräten und Geschäftsleitungen innerhalb von fünf Jahren vor.

Mit dem Modell «comply or explain» sind die Unternehmen nun gefordert: Entweder erreichen sie diese Vorgabe oder sie müssen die fehlende Zielerreichung im sogenannten Vergütungsbericht gegenüber AktionärInnen und Öffentlichkeit begründen. Der Arbeitgeberverband hat bereits reagiert und im April 2015 eine Liste mit 400 Vorschlägen von Frauen für Schweizer Unternehmen veröffentlicht.

### Wirtschaftskompetenz von Frauen in der SP

SP-Frauen besetzen oberste Kaderpositionen in Verwaltungen, bei Institutionen des Gesundheits- und Sozialwesens, bei Gewerkschaften oder öffentlichen Unternehmen, selten aber in der Privatwirtschaft. Sie nehmen Einfluss in Stiftungsräten von Non-Profit-Organisationen. Oder sie haben die Selbständigkeit gewählt und sind Inhaberin eines Klein(st)unternehmens in den Bereichen Architektur, Kommunikati-

on, Recht, Unternehmensberatung, Gastronomie, Gesundheit und vielen mehr. Auch in der Politik überlassen Frauen die Themen Wirtschaft und Finanzen häufig den Männern – trotz vorhandener Erfahrung und Wirtschaftskompetenz.

### Kompetenz aktiv einbringen

Die sichtbare und unsichtbare Wirtschaftskompetenz von Frauen innerhalb und ausserhalb der SP bildet unser Schwerpunktthema im kommenden Jahr. Eine Arbeitsgruppe geht der Frage nach, weshalb gerade SP-Frauen beim Thema Wirtschaft Zurückhaltung üben und damit auf eine Möglichkeit zur Einflussnahme in der Wirtschaft verzichten. Was braucht es, damit Frauen – und auch vermehrt SP-Frauen – in Geschäftsleitungen und Verwaltungsräten von Unternehmen stärker vertreten sind? Wie können wir deren vorhandene Kompetenzen sichtbar machen und sie zu einem stärkeren Engagement motivieren?



Ingrid Kissling-Näf, Dr. oec. HSG, MPA Idheap, hat Theologie, Politikwissenschaften und Ökonomie studiert und war sechs Jahre lang an der ETHZ als Assistenzprofessorin für Ressourcenökonomie tätig. Sie leitet heute die Abteilung Geistes- und Sozialwissenschaften beim Schweizerischen Nationalfonds SNF. Ingrid sitzt für die SP im Stadtrat Bern, ist Mitglied des Leitungsgremiums SP Frauen Kanton Bern und u. a. im Vorstand des SAH Bern.

## ARBEITSGRUPPE WIRTSCHAFT UND FRAUEN DER SP FRAUEN KANTON BERN

Die SP-Frauen des Kantons Bern haben eine Arbeitsgruppe zum Thema Frauen und Wirtschaft eingesetzt, die sich mit folgenden Schwerpunkten auseinandersetzt:

- Wie machen wir die unbestrittene Führungs- und Wirtschaftskompetenz von linken Frauen sichtbar?
- Wie können wir linke Frauen sensibilisieren und motivieren, sich für Mandate und Aufgaben in der Wirtschaft zur Verfügung zu stellen?

- Welche Formen der Weiterbildung bieten sich an? Die kommende Tagung der SP Frauen im Kanton Bern am 21. Mai 2016 befasst sich mit der Wirtschafts- und Führungskompetenz von Frauen.

Wenn du dich für Fragestellungen in diesem Umfeld interessierst oder gerne mitarbeiten möchtest, melde dich bei der Arbeitsgruppenleiterin Ingrid Kissling ([ingrid.kissling@bluewin.ch](mailto:ingrid.kissling@bluewin.ch), 079 327 53 34)



**DIE ERSTE WAHL**

# ROBERTO ZANETTI

am 15. November wieder  
in den Ständerat

## LÄNGTS ÄCHT?

Es het meh aus glängt! Allen Unkenrufen zum Trotz, sowohl den internen und den externen. Den internen, welche sich gegen die Basiskampagne und somit gegen das Telefonieren zur Wehr gesetzt haben, und den externen, welche uns aufgrund unserer menschenwürdigen, offenen Politik als Träumer verhöhnten und behaupteten, wir würden weit weg vom Volk politisieren: Die SP Kanton Solothurn hat bei den Wahlen 2015 1,7 Prozent Wähleranteil dazugewonnen. Dieses Resultat verdanken wir Dir, Walter Husi, Dir, Christian Trunz, für Deine grossartige Arbeit als Campaigner, Dir, Hardy, Matthias, Irène, Daniel, Heinz, Shirkou, Fabian für euer Wirken im Wahlausschuss und vor allem Dir, Nik! Du bist eine Wucht und hast erneut mit überdurchschnittlichem Organisationstalent und haufenweise Überstunden unserer Partei zum Gewinnen verholffen. Das ist nicht selbstverständlich und wir wissen es zu würdigen! Ich danke auch Dir, liebe Kandidatin, und Dir, lieber Kandidat, dass Du Dich aufstellen liessst. Ich danke Dir, Genosse, dass Du keine Mühe gescheut hast, stundenlang mit dem Handy Über-

zeugungsarbeit zu leisten. Und Dir, Genossin, dass Du Wind und Wetter getrotzt hast, um einen aktiven, sicht- und hörbaren Wahlkampf zu machen. Der Dank gilt Dir, liebes Sektionsmitglied, dass Du unermüdlich immer und immer wieder an Standaktionen Kandidaten und Give-aways verteilt hast, bei Velotouren der Bise trotztest oder Menschen an Deinen Küchentisch eingeladen und politisch wie kulinarisch verköstigt hast. Ich danke auch Dir, liebe Kollegin, dass Du im Quartier flyern gingst und Dir, lieber Kollege, dass Du Dich an den Schreibtisch setztest, um Leserbriefe oder Karten zu verfassen. Ich danke Dir, liebe Nachbarin, und Dir, lieber Einwohner, dass Du wählen gingst. Dank euch allen darf ich hier an dieser Stelle mit Freude Dir, liebe Bea, und Dir, lieber Philipp, zur Wiederwahl in den Nationalrat gratulieren und Dir, lieber Roberto, zum Top-Resultat für den Ständerat. Chapeau!

Und nun lasst uns den wieder gewonnenen Schwung nutzen. Im Wahlkampf kamen schweizweit einige Themen aufgrund der polemischen und hetzerischen Kampagne der Rechtspartei zu kurz. Jetzt muss es wieder um die wahren Lei-

**«In diesem Sinne lasst uns erneut voller Power in den zweiten Wahlgang ziehen.»**

den der Schweiz gehen. In unserem Land glimmt es wegen vernachlässigter Themen gefährlich vor sich hin. Jetzt müssen wir, so schnell wie möglich, das Mikrofon an uns reissen, die Kameras dorthin lenken, wo die Stabilität der Schweiz gefährdet ist, weil die Bundesverfassung einem Flächenbrand in der sozialen Wohlfahrt zum Opfer fallen könnte. Dort, wo aufgrund von Forderungen, wie höheres Rentenalter oder wegen unsicheren Arbeitsplätzen für über Fünfzigjährige unser Land wirklich in ein Chaos stürzen kann. Dazu gehören auch die Kehrtwende bei der Energiewende oder der Beziehungsabbruch mit Europa.

Liebe Bea, lieber Philipp und lieber Röbu, zeigt in Bern, dass Sachpolitik der SP nicht bedeutet, zu fragen: «Was bringt uns unsere Haltung in vier Jahren bei den Wahlen?», sondern: «Was bringt sie den Menschen in der Schweiz in den nächsten 20 Jahren?». In diesem Sinne lasst uns «alle für Einen» voller Kraft in den zweiten Wahlgang ziehen. Du, Roberto, wirst die Wahl am 15. November schaffen. Wir wissen jetzt, wie es geht!

Franziska Roth, Parteipräsidentin  
rosso17@bluewin.ch



# Unterkunft für Flüchtlinge: die SP Köniz kann nicht mehr schweigen

2015 hat sich die politische und öffentliche Diskussion in der Schweiz über die Frage der Asylsuchenden in unerträglichem Masse verschärft. Medial wirksame Schlagworte wie «Asylchaos» beherrschen den öffentlichen Diskurs. Die SVP fordert lauthals ein «Asylmoratorium», eine Bewachung der Grenzen durch die Armee und ruft die Gemeinden auf, Unterkünfte für Asylsuchende zu verweigern. Demgegenüber sind aufwühlende Bilder über das wahre Chaos auf der Balkanroute und auf dem Mittelmeer zu sehen.

Mit Staunen beobachteten wir, wie der Kanton Mühe hat, wegen des Widerstands zahlreicher Gemeinden neue Unterkünfte für Flüchtlinge zu eröffnen. So kann das nicht weitergehen, sagte sich die SP Köniz. Wir müssen der weltoffenen und an humanitären Werten orientierten Schweiz eine Stimme geben – und zwar öffentlich. Dem Geschrei der Fremdenfeindlichen und derjenigen, die angeblich die Sorgen der Bevölkerung vertreten, müssen wir etwas entgegensetzen.

## Sondieren mit einer Interpellation

In einer Interpellation vom 17. August 2015 von Christian Roth und

**Wir müssen  
der welt-  
offenen  
und an  
humanitä-  
ren Werten  
orientierten  
Schweiz  
eine  
Stimme  
geben –  
und zwar  
öffentlich.**

Werner Thut stellte die SP nicht nur Fragen zur Situation rund um die Unterbringung von Flüchtlingen in Köniz, sondern wollte auch wissen, ob der Gemeinderat gegenüber den Kantonsbehörden bereit sei, seine Verantwortung konstruktiv, aktiv und solidarisch wahrzunehmen. Ebenso wurde nach der Bereitschaft gefragt, mit umliegenden Gemeinden zu kooperieren. Mit Interesse hat die SP danach in den Medien gelesen, dass sich Gemeindepräsident Ueli Studer (SVP), durch seine harte Haltung in der Sozialhilfefrage bekannt, vom Aufruf der SVP distanziert. Dennoch schien der Gemeinderat von Köniz zögerlich zu handeln.

## Nachfassen mit einer dringlichen Motion

Ende August verschärfte sich die Situation: Regierungsrat Käser verzichtete entnervt darauf, den Gemeinden Asylunterkünfte aufzuzwingen, und hofft nun, mit einem Apell mehr zu erreichen. Diesen Ball hat die SP Köniz umgehend aufgenommen. Markus Willi fordert in einer dringlichen Motion, dass die Gemeinde ohne Verzug die Zivilschutzanlage Stapfen oder eine

andere Zivilschutzanlage als kurzfristiges Obdach für Flüchtlinge zur Verfügung stellt. Selbstverständlich sind Zivilschutzanlagen keine Ideallösungen, aber im kalten Winter dennoch besser als Zelte.

## Die Gemeinde handelt

Ab dem 1. November 2015 werden nun in der Zivilschutzanlage in Niederscherli bis zu 100 zusätzliche Plätze zur Unterbringung von Asylsuchenden genutzt. Die Gemeinde Köniz stellt dem Kanton die Anlage auf eigene Initiative hin zur Verfügung. Die Betreuung der Asylsuchenden übernimmt die Flüchtlingshilfe der Heilsarmee. Der Gemeinderat handelt, bevor die Motion im Parlament beraten werden konnte. Die SP ist überzeugt, dass sie dem Gemeinderat mit ihren Vorstössen den Rücken gestärkt und die Realisierung des Vorhabens beschleunigt hat. Es zeichnet sich aber bereits Widerstand ab: Die SVP kritisierte den Gemeinderat in einer Medienmitteilung umgehend. An der Informationsveranstaltung in Niederscherli gab es jedoch erfreulich viele positive Reaktionen.

Markus Willi und Christoph Salzmann, Mitglieder Parlament Köniz



mehr  
wohnen.  
Die Genossenschaften.

# Wohnungen der Spekulation entziehen

Jetzt  
unterschreiben!  
Unterschriften-  
karte in der  
Heftmitte.

**TROTZ REGER BAUTÄTIGKEIT HERRSCHT IN DER SCHWEIZ WOHNUNGSNOT. DIE VON DER SP UNTERSTÜTZTE INITIATIVE «MEHR BEZAHLBARE WOHNUNGEN» VERPFLICHTET BUND UND KANTONE, DEN PREISGÜNSTIGEN WOHNUNGSBAU ZU FÖRDERN, UND ENTZIEHT DEN KNAPPEN WOHNRAUM DER SPEKULATION UND DEM RENDITEDRUCK.**

Auf mich als Präsidentin des Schweizerischen Mieterinnen- und Mieterverbandes kommen Menschen aus der ganzen Schweiz zu und klagen, dass sie keine bezahlbare Wohnung finden. Viele erzählen mir von ihrer Angst, sich die steigenden Mietpreise nicht mehr leisten zu können und aus ihrem Quartier wegziehen zu müssen. Andere empören sich darüber, wie Vermieter und Vermieterinnen ihre Gewinne auf Kosten der Mieterschaft in die Höhe treiben wollen. Ihre Sorgen und Entrüstung sind berechtigt. Die Miete ist der grösste Posten im Haushaltsbudget, bei Einkommen von unter 5000 Franken macht er durchschnittlich mehr als 30 Prozent der Ausgaben aus. Gemäss einer Studie müssen 500 000 Haushalte in der Schweiz bei Kleidern oder Gesundheitsausgaben sparen, damit sie für die Wohnkosten aufkommen können.

## **Bund schaut zu und macht nichts**

Trotz diesen Wohnungsproblemen, insbesondere in den Zentren und Agglomerationen, bleibt der Bund untätig. Der Bundesrat sagt zwar seit Jahren, dass er sich für bezahlbaren Wohnraum einsetzen wolle. Doch auf diese Worte sind bisher keine Taten gefolgt. Bis auf die Vorlage zur Transparenzpflicht bei Vormieten – die noch im Parlament gutgeheissen werden muss – hat der Bundesrat

«Die Initiative will den knappen Wohnraum der Spekulation und dem Renditedruck entziehen»

nichts getan. Er hat es beispielsweise verpasst, die SBB und andere bundesnahe Betriebe in die Pflicht zu nehmen: Sie können auf ihren Grundstücken weiterhin die Rendite maximieren, anstatt den preisgünstigen Wohnungsbau zu fördern. Oft verkauft die SBB heute an Investoren, die Wohn- und Geschäftsräume im obersten Preissegment bauen. Zudem hat der Bundesrat alle Vorstösse abgelehnt, die verlangten, dass die Senkung des Referenzzinssatzes den Mieterinnen und Mietern automatisch zugute kommt.

## **Initiative lanciert**

Uns reicht es. Der Schweizerische Mieterinnen- und Mieterverband hat deshalb im September gemeinsam mit der SP, den Grünen, der JUSO, dem SGB und Wohnbaugenossenschaften die eidgenössische Volksinitiative «Mehr bezahlbare Wohnungen» lanciert. Diese hat zum Ziel, Wohnraum zu schaffen, der der Spekulation und dem Renditedruck entzogen ist. Die Initiative verlangt dafür eine Steigerung des Anteils gemeinnütziger Wohnungen: Eine von zehn neu gebauten Wohnungen soll im Besitz von Genossenschaften oder anderen gemeinnützigen Wohnbauträgern, sein. Anstatt Profit auf Kosten der Mieterinnen und Mieter zu machen, schaffen sie mit ihrer Kostenmiete

bezahlbaren Wohnraum. So liegen ihre Mietpreise bis zu einem Viertel unter dem Preis durchschnittlicher Mietwohnungen. Kantone und Gemeinden sollen ein Vorkaufsrecht für geeignete Grundstücke einführen können, um diese dem gemeinnützigen Wohnungsbau zur Verfügung zu stellen. Der Bund und bundesnahe Betriebe sollen ihr Land zudem zuerst den Gemeinden und Kantonen zum Kauf anbieten. So können in Zukunft auf SBB-Arealen preisgünstige Wohnungen entstehen. Schliesslich sieht die Initiative einen Subventionsstopp für Luxusumbauten vor: Fördergelder der öffentlichen Hand für energetische Sanierungen dürfen nur ausbezahlt werden, wenn sie nicht zum Verlust von preisgünstigem Wohnraum führen.

## **Erfolgsgeschichte weiterführen**

In den letzten Jahren haben die kantonalen und lokalen Sektionen des Mieterverbandes, die SP und weitere Verbündete in vielen Städten und Gemeinden Initiativen lanciert und gewonnen, die bezahlbaren Wohnraum schaffen und Boden der Spekulation entziehen. Diese Erfolgsgeschichte soll auch auf nationaler Ebene weitergeführt werden.

Marina Carobbio, Nationalrätin TI und Präsidentin des Schweizerischen Mieterinnen- und Mieterverbandes

# «Wirtschaft entdeckt»

**HANS A. WÜTHRICH ZÄHLT ZU DEN QUERDENKERN UNTER DEN MANAGEMENTFORSCHERN. IM GESPRÄCH SAGT ER, WESHALB UNTERNEHMEN MIT KLASSISCHER TOP-DOWN-FÜHRUNG AN IHRE GRENZEN STOSSEN UND DEMOKRATISCHE BETEILIGUNGSFORMEN EINE BETRIEBSWIRTSCHAFTLICHE NOTWENDIGKEIT DARSTELLEN. INTERVIEW: LADINA TRIACA**

Hans A. Wüthrich ist Inhaber des Lehrstuhls für Internationales Management der Universität München und Privatdozent an der Universität St. Gallen.



Herr Wüthrich, in kaum einem anderen Land hat das Volk so weitgehende politische Mitbestimmungsrechte wie in der Schweiz. Geht es allerdings um die Wirtschaft, können die direkt Betroffenen meist nicht mitentscheiden. Sind Demokratie und Wirtschaft unvereinbar?

Ein klares Nein. Die Komplexität der Entscheidungen im politischen und wirtschaftlichen Kontext ist vergleichbar hoch. Unsere Forschung zeigt, dass immer mehr Firmen erkennen, dass die Potenzialentfaltung die Basis für Wettbewerbsfähigkeit darstellt und es sich deshalb keine Organisation leisten kann, auf das Wissen und die Leidenschaft ihrer Mitarbeitenden zu verzichten. Viele Unternehmen erleben, dass sie mit der klassischen Top-down-Führung und dem Verlass auf die Expertenmeinung an ihre Grenzen stossen.

Sie fordern bereits seit einiger Zeit die Demokratisierung von Unternehmen. Was muss man sich konkret darunter vorstellen?

Elemente der organisationalen Demokratie bilden u. a. drei Formen der Beteiligung, erstens die psychologische Beteiligung mit den Fragen: Bin ich informiert, habe ich gleiche Chancen? Hier stehen Transparenz und faire Bedingungen für alle Unternehmensangehörigen im Vordergrund. Sodann die finanzielle Beteiligung mit der Frage: Bin ich an der betrieblichen Wertschöpfung beteiligt? Für Organisationsmitglieder kann dies in Form der Erfolgs- oder Kapitalbeteiligung erfolgen, wobei in der Praxis oft Mischformen vorkommen. Und schliesslich die Management-Beteiligung mit den Fragen: habe ich Einfluss und wie autonom bin ich in meiner Arbeit? Das Ausmass an Mitwirkungs- und Mitentscheidungsbefugnissen sowie die Selbstbestimmungsmöglichkeiten der Mitarbeitenden werden hier adressiert.

Dass sich kleine und familiäre Betriebe demokratisch organisieren lassen, ist nachvollziehbar. Doch was ist mit Unternehmen, die mehrere hundert Mitarbeitende beschäftigen? Können auch sie demokratisch funktionieren?

Ja. Unsere Forschungen zeigen, dass die Grösse nicht entscheidend ist. W.L. Gore & Associates mit mehr als 10000 Mitarbeitenden verfolgt zum Beispiel eine interessante Politik. Übersteigt in einem Werk die Anzahl Mitarbeitende die Schwelle von 150 bis 200, erfolgt eine Zellteilung. Das Ergebnis bilden Betriebseinheiten, in denen Mitarbeitende ihre Ideen und Energie wirklich einbringen können. Auch neue technologische

Möglichkeiten, wie z. B. Liquid-Feedback-Systeme, erleichtern es heute, Vorteile demokratischer Management-Beteiligung selbst in grossen Kollektiven gezielt zu nutzen.

Die Demokratisierung der Unternehmen scheint viele positive Effekte zu haben. Weshalb werden heute immer noch die allermeisten Unternehmen hierarchisch, von oben nach unten, organisiert?

Geprägt durch Ausbildung und sozialisiert in hierarchischen Institutionen, haben wenige Führungskräfte die Gelegenheit den Mehrwert organisationaler Demokratie im Unternehmensalltag zu erleben. Sie gehen mehrheitlich von Grundannahmen aus, die einer Demokratisierung im Wege stehen. So ist man überzeugt, dass man die zunehmende Komplexität primär mit Hilfe von top-down konzipierten Management-Initiativen reduzieren muss und kann. Die Mündigkeit der Mitarbeitenden wird in Frage gestellt und man ist überzeugt, dass Führungskräfte alles im Griff haben müssen. Die gravierenden Folge- und Nebeneffekte dieses Führungsverhaltens sind immer mehr spürbar: Organisationen verlieren an Leidenschaft, sie werden selbstähnlich, seelenlos und verletzlich.

... Sie sehen die Demokratisierung der Unternehmen also als betriebswirtschaftliche Notwendigkeit?

Die Beschäftigung mit der organisationalen Demokratie ist für mich keine ideologische Frage. Sie ist schlicht und ergreifend aus betriebswirtschaftlicher Sicht alternativlos. Die zukünftige Wettbewerbsfähigkeit von Firmen wird primär durch kulturbasierte Alleinstellungsmerkmale geprägt. Entscheidend dabei ist, inwieweit sich Mitarbeitende mit Leidenschaft einbringen, ihre Kreativität in rechtfertigungsfreien Räumen ausleben und ihre Potenziale entfalten können.

Letztendlich geht es also darum, dass Unternehmen wettbewerbsfähig bleiben. Kriegen wir also bloss eine Art «mitbestimmten Kapitalismus» oder führen demokratische Strukturen langfristig auch zu einer anderen Wirtschaftslogik?

Die SP Schweiz beschäftigt sich bereits seit einiger Zeit mit der Frage, wie einer anderen, einer demokratischen, ökologischen und solidarischen Wirtschaft zum Durchbruch verholfen werden kann. Im Rahmen des Projekts «Wirtschaft mit Zukunft» werden im LINKS deshalb regelmässig Unternehmen porträtiert, die bereits heute demokratisch, ökologisch und solidarisch wirtschaften. Den Anfang macht die Manus Genossenschaft, ein Bau- und Schreinereibetrieb aus Bern.

# Demokratie»

Unsere Beobachtungen zeigen, dass partizipative und demokratische Prinzipien das Design von Organisationen radikal verändern. Andere Arten der Zusammenarbeit entstehen und alternative Formen des Führungsverständnisses bilden sich aus. In der Politik gibt es auch viele kritische Stimmen zur Funktionsfähigkeit der Demokratie. Selbstverständlich gilt es diese auch im organisationalen Kontext ernst zu nehmen. Doch was ist die Alternative? Glauben wir wirklich, dass

pyramidale Entscheidungsstrukturen in einer zunehmend unsicheren Welt zielführend sind? Entscheiden nicht schon heute Mitarbeitende – auch wenn nicht formal legitimiert – de facto doch weit mehr, als Organisationen glauben? Aufgrund des dominanten Einflusses der Wirtschaft ist davon auszugehen, dass sich, wenn demokratische Prinzipien sich in Organisationen durchsetzen, dies längerfristig auch zu gesellschaftlichen Implikationen führen wird.



**DIE SCHREINEREI MANUS IST SEIT ÜBER 30 JAHREN GENOSSENSCHAFTLICH ORGANISIERT. OBWOHL SICH SEIT DER GRÜNDUNG EINIGES VERÄNDERT HAT, SETZT DAS UNTERNEHMEN AUCH HEUTE NOCH AUF TEAMARBEIT UND MITWIRKUNGSRECHTE.**

«Auf unseren Baustellen wird viel weniger geflucht als andernorts», meint Walter Hollenstein, einer der beiden Geschäftsführer von Manus. Gemeinsam mit Marco Thürlemann führt er seit einigen Jahren den Berner Bau- und Schreinereibetrieb Manus. Gute Arbeitsbedingungen sind den beiden Genossenschaftlern sehr wichtig. So profitieren die Mitarbeitenden von Manus von einem bezahlten Vaterschaftsurlaub, verdoppelten Kinderzulagen und attraktiven Möglichkeiten zur Teilzeitarbeit. «Unsere Mitarbeitenden sind sehr zufrieden», meint Marco Thürlemann, «ich bin überzeugt, dass sich das positiv auf die Motivation und den Teamgeist auswirkt.»

Der Architekt und Planer gehört zu den Mitbegründern von Manus. Gemeinsam mit sechs anderen jungen Männern gründete er 1982 das Baukollektiv Manus. Ziel war schon damals, möglichst ökologisch, solidarisch und selbstverwaltet zu wirtschaften. «In den Gründungsjahren wurden noch alle Entscheidungen

**«Gute Arbeitsbedingungen wirken sich positiv auf die Motivation und den Teamgeist aus.»**

gemeinsam am runden Tisch besprochen», erklärt Thürlemann, «jeder hatte damals dieselben Mitspracherechte und denselben Lohn.» Mit der Zeit habe man allerdings aus Effizienzgründen gewisse Anpassungen vornehmen müssen. So wurde in den 1990er-Jahren ein Geschäftsleitungsorgan gegründet, dessen Aufgabe bis heute darin besteht, die alltäglichen Geschäfte zu planen und zu organisieren. Darüber hinaus begannen sich die Mitarbeitenden zu spezialisieren. Machten früher noch alle alles, so kümmern sich die Mitglieder der Geschäftsleitung heute hauptsächlich um Planung und Beratung, während sich andere auf die Ausführung oder administrative Arbeiten spezialisiert haben. Und auch bei den Löhnen gab es gewisse Veränderungen. So verdient heute ein 60-Jähriger nicht mehr gleich viel wie ein 20-Jähriger und der Lohn eines Geschäftsleitungsmitglieds übersteigt den eines Schreiners.

Nichtsdestotrotz ist die Lohnschere bei Manus extrem klein und

auch die Mitwirkungsrechte der Mitarbeitenden sind vergleichsweise weitreichend. Die genossenschaftlichen Strukturen bringen es mit sich, dass jedem Mitarbeitenden ein Teil der Firma gehört. «Klar verstärkt das die Identifikation mit dem Betrieb», meint Hollenstein. Er ist überzeugt, dass die Mitarbeitenden dadurch mehr mitdenken und auch mehr Verantwortung übernehmen. So beschlossen die Mitarbeitenden beispielsweise vor drei Jahren, sämtliche Löhne um 10% zu senken, um das Unternehmen vor einer finanziellen Krise zu bewahren. Anders als in anderen Unternehmen kam dieser Entscheid nicht aus der Chefetage, sondern wurde von den Mitarbeitenden einstimmig gefällt. «In diesen Situationen zeigt sich die Solidarität und der Zusammenhalt zwischen den Mitarbeitenden besonders», meint Hollenstein. Inzwischen hat sich die finanzielle Situation bei Manus wieder etwas entspannt und die beiden hoffen, die Löhne bald wieder anheben zu können.

# Nach den Wahlen ... ... ist vor der Abstimmung

**AM 28. FEBRUAR KOMMEN MIT DEM REFERENDUM GEGEN DIE ZWEITE GOTTHARDRÖHRE, DER SPEKULATIONSSTOPP-INITIATIVE, DER DURCHSETZUNGSINITIATIVE UND DER INITIATIVE GEGEN DIE HEIRATSSTRAFE GLEICH VIER NATIONALE VORLAGEN ZUR ABSTIMMUNG. WIR ZEIGEN, WAS UNS IM FRÜHJAHR ERWARTET.**

## **REFERENDUM GEGEN DEN BAU EINER 2. GOTTHARDRÖHRE**

Gemeinsam mit verschiedenen nationalen und regionalen Organisationen hat die SP erfolgreich das Referendum gegen den Bau einer zweiten Gotthardröhre ergriffen. Ein zweiter Strassentunnel durch den Gotthard würde die Anzahl Lastwagen entlang der Gotthard-Route verdoppeln und mit ihnen den Ausstoss von Schadstoffen, den Lärm und die Unfallgefahr. Dies widerspricht klar dem Willen der Bevölkerung, die sich bereits mehrmals für den Schutz der Alpen und die Güterverlagerung von der Strasse auf die Schiene ausgesprochen hat. Darüber hinaus könnten die Milliarden, die am Gotthard ausgegeben werden, in anderen Landesteilen – wo Tausende von Pendlern täglich im Stau stehen – sinnvoller eingesetzt werden.

## **SPEKULATIONSSTOPP-INITIATIVE**

Die Spekulation auf Nahrungsmittel ist die widerlichste Form der Profitmacherei. Banken und Versicherungen treiben mit ihren Wetten die Preise für Nahrungsmittel wie Reis, Mais oder Weizen in die Höhe und sind mitschuldig am Hunger in der Welt. Als Hort zahlreicher Rohstoffhändler und Finanzakteure mischt die Schweiz in diesem Geschäft tatkräftig mit. Die Initiative von Juso, SP, Grünen und Hilfswerken verlangt ein Verbot der Spekulation mit Nahrungsmitteln, unter Beibehaltung der preislichen Absicherung für Produzenten und Verbraucher. Sie will den Handel mit Nahrungsmitteln zurück auf den Boden der Realität holen, damit er wieder der Versorgung der Menschen dient. Ganz nach dem Motto: Mit Essen spielt man nicht!

## **SVP-DURCHSETZUNGS-INITIATIVE**

Mit der Durchsetzungsinitiative will die SVP die buchstabengetreue Umsetzung der Ausschaffungsinitiative erreichen. Die Durchsetzungsinitiative will, dass Personen ohne Schweizer Pass selbst bei leichten Delikten automatisch und ohne Rücksicht auf die Umstände ausgeschafft werden können. Die Initiative verstösst damit gegen die Europäische Menschenrechtskonvention (EMRK) und das Freizügigkeitsabkommen mit der EU. Darüber hinaus ist die Initiative auch ein fundamentaler Angriff auf die Gewaltenteilung, da sie das Parlament – notabene nach getaner Arbeit – als Gesetzgeber übergeht. Die SP hat die Ausschaffungsinitiative stets abgelehnt und wird auch die Durchsetzungsinitiative vehement bekämpfen.

## **CVP-INITIATIVE GEGEN DIE HEIRATSSTRAFE**

Mit der Initiative «Für Ehe und Familie – gegen die Heiratsstrafe» will die CVP die Ehe ausschliesslich als «Lebensgemeinschaft von Mann und Frau» in der Verfassung festschreiben. Diese konservative Definition der Ehe schliesst gleichgeschlechtliche Paare vom Recht auf Ehe aus und diskriminiert damit homosexuelle Menschen. Ausserdem wird die Ehe im Initiativtext als «Wirtschaftsgemeinschaft» bezeichnet. Dies verhindert die Einführung der Individualbesteuerung, welche die «Heiratsstrafe» auf einfache und gerechte Weise beseitigen würde. Die SP lehnt die ultrakonservative und aus fiskalpolitischer Sicht unsinnige Initiative der CVP deshalb entschieden ab.



**Stefan, was hast du in Serbien und in Kroatien genau gemacht?**

Grundsätzlich wollte ich mir vor Ort ein Bild von der gegenwärtigen Situation machen, Kontakt zu lokalen Hilfsorganisationen herstellen und eine erste Spende von 1000 Franken aus Bremgarten überbringen. Während des Aufenthaltes hatte ich die Gelegenheit, mit Helfern, Flüchtlingen und Bürgern zu sprechen und verschiedene Brennpunkte rund um Belgrad und Subotica zu besuchen. Dabei war sicher von Vorteil, dass ich die Region sehr gut kenne und fliessend Serbokroatisch und Ungarisch spreche.

**Wie hast du die Situation vor Ort erlebt?**

In Belgrad informierte ich mich vor allem rund um den Busbahnhof und an der «Miksalište» – eine Sammel- und Ausgabestelle für Hilfsgüter – tätig. Rund um den Busbahnhof befanden sich ungefähr 300 Flüchtlinge, vorwiegend aus Syrien und Afghanistan. Der Grossteil von ihnen schläft im Freien oder in Zelten. Die Behörden sind völlig überfordert. Lebensmittel und Hygieneartikel werden von Freiwilligen verteilt. **Wie sieht es in Subotica, an der Grenze zwischen Serbien und Ungarn, aus?**

In Subotica hat sich die Situation vorläufig entspannt. Aufgrund der Grenzschiessungen ist ein Weiterkommen für die Flüchtlinge nach Ungarn kaum mehr möglich. Als ich in Subotica war, konnte ich mit zwei freiwilligen Helfern eine alte Ziegelfabrik besuchen. Gemeinsam suchten wir das weitläufige Gelände ab und trafen noch etwa 15 junge Männer aus dem Norden Pakistans an. Wir versorgten die Männer und eine Frau mit Lebensmitteln. Den Grossteil der von mir eingekauften Lebensmittel transportierte die lokale Hilfsorganisation «Osteuropa-mission» aber nach Berkasovo bei Šid, wo sich im Moment katastrophale Szenen abspielen und tausende Flüchtlinge in einem chaotischen Durcheinander versuchen die Grenze nach Kroatien zu überschreiten.

**Welche Hilfe haben die Menschen im Moment am dringendsten nötig?**

Auf alle Fälle braucht es warme, wetterfeste Kleidung, Regenschutz, warme Decken und festes Schuhwerk! In den letzten Tagen fielen die Temperaturen merklich und es regnete immer wieder. In Serbien

Er füllt Wägel mit Lebensmitteln und verteilt diese in Serbien an die Flüchtlinge: Stefan Dietrich, Bezirkspräsident der SP Bremgarten.



## «Die Lebensumstände sind menschenunwürdig»

**IMMER NOCH STRÖMEN TAUSENDE VON FLÜCHTLINGEN ENTLANG DER BALKANROUTE NACH EUROPA. STEFAN DIETRICH, BEZIRKSPRÄSIDENT DER SP BREMGARTEN AG, REISTE VOR EINIGEN WOCHEN SELBST NACH SERBIEN UND KROATIEN, UM SICH EIN BILD VON DER LAGE VOR ORT ZU MACHEN UND HILFSGÜTER AN DIE FLÜCHTLINGE ZU VERTEILEN. INTERVIEW: LADINA TRIACA**

sind die Menschen auch dringend auf Lebensmittel, Hygieneartikel und medizinische Versorgung angewiesen.

**Du hast während den Jugoslawienkriegen in den 90er-Jahren bereits für die OSZE im Balkan gearbeitet. Inwiefern hilft dir diese Erfahrung?**

Der Jugoslawienkrieg 1991 hat mich politisiert. Über die Friedensbewegung gelangte ich zur Sozialdemokratie. Ich beteiligte mich an Hilfstransporten, betreute Flüchtlinge und organisierte internationale Konferenzen mit Vertretern der linken, nicht-nationalistischen Opposition aus allen früheren jugoslawischen Republiken. Nach dem Krieg war ich zweimal für die OSZE als Wahlbeobachter in Bosnien-Herzegowina im Einsatz. Dank meiner zahlreichen Aufenthalte und Tätigkeiten in der Region verfüge ich über ein sehr gutes und verlässliches Netzwerk an Kontaktpersonen.

Dieses ist mir sehr wichtig, um mich gut und vielseitig zu informieren.

**Zurzeit bist du wieder in der Schweiz. Habt ihr weitere Hilfsaktionen geplant?**

Ja, konkret planen wir einen Hilfstransport Ende November und einen über die Weihnachtsfeiertage. Diana Hinz, Nadja Lehner, Stefanie Meyer und ich sind derzeit dabei, einen Verein zu gründen. Wir alle haben Familie und sind beruflich eingebunden. Umso wichtiger ist es, dass wir uns möglichst zeitsparend und effizient organisieren.

**Wie kann man euch dabei unterstützen?**

Konkret sammeln wir warme, wetterfeste Kleidung und Decken. Toll wären auch Schlafsäcke und wintertaugliche Zelte. Lebensmittel und das Dringendste kaufen wir vor Ort ein. Daher benötigen wir noch dringend Spenden für Lebensmittel und zur Deckung der Transportkosten.

Wer die Arbeit von Stefan Dietrich entlang der Balkanroute unterstützen möchte, kann seine Spende auf das Konto der SP Aargau überweisen:  
PC-Konto 50-1414-3,  
Vermerk: Hilfsaktion «Balkanroute»  
z. H. Stefan Dietrich

# Nun gilt es, die Abstimmung zu gewinnen!

**GEMEINSAM MIT ZAHLREICHEN NATIONALEN UND REGIONALEN ORGANISATIONEN HAT DIE SP ERFOLGREICH DAS REFERENDUM GEGEN DEN BAU EINER ZWEITEN GOTTHARDRÖHRE ERGRIFFEN. NUN GILT ES, DIE ABSTIMMUNG IM FEBRUAR ZU GEWINNEN. DIE WICHTIGSTEN ARGUMENTE GEGEN DEN BAU EINES ZWEITEN GOTTHARD-STRASSENTUNNELS IM ÜBERBLICK.**



## Falschspiel am Gotthard?

Verfassung und Gesetz verbieten den Bau einer 2. Röhre. Das hat das Volk wiederholt an der Urne bestätigt. Doch Bundesbern benutzt die Sanierung des bestehenden Tunnels als Vorwand, ein zweites Loch durch den Granit zu bohren. Mit dem angeblichen «Sanierungstunnel» wird die Kapazität aber von zwei auf vier Spuren verdoppelt und so der Volkswille ausgetrickst.

## Drei Milliarden verlocken?

Die Sanierung des Gotthardtunnels und der Bau einer 2. Röhre kosten drei Milliarden Franken mehr als die Sanierung mit einem provisorischen Auto- und Lastwagenverlad. Mit einer 2. Röhre greift der Staat tief in unsere Taschen – ohne sichtbaren Nutzen: Werden wie versprochen nur zwei Spuren für den Verkehr freigegeben, so bleiben die Staus ganz einfach bestehen. Und die Steuermilliarden sind futsch.

## Investieren am falschen Ort?

Die Steuermilliarden, die am Gotthard verlockt werden, fehlen in anderen Landesteilen, wo echte Verkehrsprobleme herrschen. Hun-

dertausende PendlerInnen stehen täglich im Stau und erwarten, dass ihre Verkehrsprobleme gelöst werden. Kommt die zweite Gotthardröhre, reicht das Geld aber nicht, diese wahren Engpässe zu beseitigen.

## Die Alpen plattfahren?

Das Volk hat 1994 den Bund beauftragt, die Menschen in den Alpen-tälern vor dem Strassen-Transitverkehr zu schützen. Dafür wurden Milliarden in die neuen Eisenbahntunnels (NEAT) investiert. Doch nun will Bundesbern die NEAT konkurrenzieren und neue Kapazitäten auf der Strasse schaffen. So donnern bald einmal doppelt so viele Lastwagen durch die Alpen.

## Das Tessin isolieren?

Der Gotthardtunnel ist in einem derart schlechten Zustand, dass er vor der Eröffnung einer 2. Röhre notdürftig saniert werden muss. Während 140 Tagen bleibt er total gesperrt. Autos und Lastwagen erreichen das Tessin nur über lange Umwege, weil kein Bahnverlad angeboten wird. Beim Verzicht auf eine 2. Röhre hingegen wird dem Strassenverkehr ein vollwertiger Ersatz geboten.

## EIN HELVETISCHES WINTERMÄRCHEN

Noch gut einen Monat dauert es, bis die vereinigt nach rechts gerutschte Bundesversammlung zusammentritt, um unsere Landesregierung neu zu bestellen. Mit ihrem Rücktritt hat EWS das Kandidatenkarussell angeschoben und die Medien drehen begeistert mit. Kandidaturen werden lanciert, andere springen selber auf. Währenddessen hätte es auf dem Kandidatinnenkarussell noch Platz. Immerhin trägt Oskar Freysinger einen flotten Rossschwanz und sorgt damit für ein Mindestmass an femininem Flair.

Intakte Chancen hat ein anderer Walliser: In Anbetracht der gros-

sen Aufgaben, die es zu lösen gilt, braucht das Land Männer wie Joseph S. Blatter! Er ist hervorragend vernetzt und kuscht nicht vor den Grossen dieser Welt. Jedenfalls nicht gratis. Er ist Bergler, Ex-Sportfunktionär und spricht fließend Englisch. Kurz, er hat das Zeug zum neuen Ogi. Zudem hat Blatter Zeit und ist international ein ähnlich guter Image-Botschafter für die Schweiz wie die SVP. Kein Wunder, hat ihm Neo-Nationalrat Köppel wiederholt und mit viel Verve den Rücken gestärkt. Sepp for Bundesrat!

Auf die Dauer bekommt einem Karussell fahren nicht gut. Der Weltrekord liegt bei 480 Stunden.

STEFAN KRATTIGER

# ROT STICH

Wer schon jetzt drauf sitzt, wird kaum bis Dezember durchhalten. Falls doch, wäre er neuer Weltrekordhalter, ein Siebesiech und folglich verdientermassen Bundesratsmitglied. Wer, wenn nicht dem Sepp, könnte dieses Husarenstück gelingen? 17 Jahre lang hatte er sich hartnäckig an seinen FIFA-Sessel geklammert. Wetten, dass sich die verfahrenere Situation mit der EU mit einer kleinen schwarzen Kasse entkrampfen liesse? «Zeit, dass sich was dreht» – so hiess der offizielle Song zur Fussball-WM 2006 und es könnte Blatters Wahlspruch sein. Er kann für die Schweiz «was drehen»! Seine Wahl wäre ein helvetisches Wintermärchen.

## MOVENDO

Das Bildungsinstitut der Gewerkschaften

**Das neue Bildungsprogramm 2016 ist da. Sämtliche Bildungsangebote findest du ab sofort unter [www.movendo.ch](http://www.movendo.ch)**

**Doppelte Buchhaltung: Aufbaukurs** D1.8.1519  
9.–10.11., Hotel Freienhof, Thun  
Vertiefung der Kenntnisse aus dem Einführungskurs, Jahresrechnungen, Kennzahlen, Finanzanlagen, Liquidität, Budgeterstellung.  
Referentinnen: Karin Baumann (Unia), Anna-Barbara Kappeler (Fachmitarbeiterin Treuhand), Ezgi Karaboya (Unia)

**Ich erstelle mein Budget**  
D2.6.1506  
12.11., Hotel Olten, Olten  
Fixe und wiederkehrende Kosten,

mögliche Einsparungen, Spielraum, Hilfsstellen. Referentin: Katharina Prelicz-Huber (vpod)

**Sitzungen leiten und gestalten**  
D1.8.1513  
13.11., Bahnhofbuffet, Olten  
Inhalt: Verschiedene Sitzungsarten, Leitungsrolle, Moderationstechniken, Verfahren zur Problemlösung und Entscheidungsfindung. Referentin: Danièle Lenzin (Unia)

**Aufbaukurs für Mitglieder von Stiftungsräten und Vorsorgekommissionen** D1.8.1524  
18.–20.11., Hotel Freienhof, Thun  
Freizügigkeits- und Wohneigentumsförderungsgesetz, Teilliquidation, Anlageorganisation BVV 2, Risiken, Deckungsgrad, internes Kontrollsystem (IKS), Strukturreform. Referenten: Sabino Di Mambro (Fachmann für

Personalvorsorge), Roman Kahr (Fachspezialist BVG), Heinrich Nydegger (Unia)  
Die Anmeldung erfolgt online [www.movendo.ch](http://www.movendo.ch), per Mail [info@movendo.ch](mailto:info@movendo.ch), Telefon 031 370 00 70 oder Fax 031 370 00 71.

Die Kosten für mindestens eine Weiterbildung pro Jahr werden für Gewerkschaftsmitglieder von ihrer Gewerkschaft getragen. Mit deiner Anmeldung klären wir die Kostenfrage ab und informieren dich unverzüglich. SP-Mitglieder, die nicht Gewerkschaftsmitglied sind, profitieren vom reduzierten Tarif von 230 statt 390 Franken bzw. 300 statt 450 Franken pro Kurstag. Weiter kann bei Simon Roth (SP Schweiz, [simon.roth@spschweiz.ch](mailto:simon.roth@spschweiz.ch)) finanzielle Unterstützung beantragt werden.

**4. DEZEMBER**  
Koordinationskonferenz

**5. DEZEMBER**  
Delegiertenversammlung  
St. Gallen

**2016**

**28. FEBRUAR**  
nationale Abstimmungen

**18. MÄRZ**  
Koordinationskonferenz

**19. MÄRZ**  
Delegiertenversammlung

**24. JUNI**  
Koordinationskonferenz

**25. JUNI**  
Delegiertenversammlung



Aus Morgenrot wird Abendschwarz: Ein gewaltiger Sturm braut sich über der Schweiz zusammen. Die Menschen im Land reagieren ganz unterschiedlich auf die Bedrohung, doch sie hat auch etwas Verbindendes: Sie legt die wahren Bedürfnisse, Ängste und Hoffnungen frei und enthüllt die Folgen von politischer und gesellschaftlicher Isolation.

Der Spielfilm «Heimatland» ist weder neutral noch demokratisch oder repräsentativ, sondern eine subjektive, selbstkritische Momentaufnahme aus der Sicht einer neuen Generation von Schweizer FilmemacherInnen.

Der Film läuft ab dem 12. November im Kino.



TAGUNG

## DIGITALISIERUNG DER ARBEITSWELT

Self-Scanning im Verkauf, Industrie 4.0 in der Smart Factory, Assistenzroboter in der Industriemontage oder Pflegeroboter: Ein neuer Technologisierungsschub verändert die Arbeitswelt. Werden damit Berufe aufgewertet oder wird die Arbeit monotoner und belastender? Gibt es in Zukunft mehr Arbeitsplätze für Hochqualifizierte, während gering qualifizierte Arbeit automatisiert oder ins Ausland verlagert wird? Und schliesslich: Was können wir tun, um die technologische Entwicklung im Interesse der Arbeitnehmenden zu gestalten?

Die Tagung « Digitalisierung der Arbeitswelt: Chance oder Gefahr für die Arbeitnehmenden » gibt einen Überblick über neueste Entwicklungen und zeigt Handlungsansätze für die Beschäftigten und für die Gewerkschaften auf.

Die Tagung wird von der Unia organisiert und findet am 2. Dezember ab 9 Uhr in Bern statt. Anmelden kann man sich mit einem Mail an [tertiaer@unia.ch](mailto:tertiaer@unia.ch). Der Unkostenbeitrag beträgt 50 Franken.

Für Unia-Mitglieder ist die Veranstaltung gratis.

FÜR ALLE  
STATT  
FÜR WENIGE

POUR TOUS  
SANS  
PRIVILÈGES



MERCI